

## 7. Militärgeschichte/Kriegsgeschichte

### Der geheime Jubiläumstag der Bundeswehr und der Heeresflugabwehr

#### Die Expertentagung im Kloster Himmerod 1950

Wenn sich die Bundeswehr und die Heeresflugabwehrtruppe an ihre Aufstellung erinnern, dann steht meist der 12. November 1955 – an diesem Tag, der zudem der 200. Geburtstag des preußischen Militärreformers Gerhard von Scharnhorst gewesen ist – bekamen die ersten Soldaten ihre Ernennungsurkunden überreicht – im Fokus.

Die Truppenteile der Heeresflugabwehr begingen über Jahrzehnte hinweg zudem meist die ab Dezember 1955 erfolgende Erstbelegung ihrer Liegenschaften oder den Tag der Zusammenziehung der Vorkommandos mit der Bezeichnung ihres Verbandes als besonderen Tag und nutzen das jeweilige Datum gerne und oft als Anlass für öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen in ihren Garnisonen.

So schlüssig die Wahl der Jubiläen uns als Gastgeber immer erschien und das Erinnern an gelungene Tage der Offenen Tür, Gelöbnisse, Empfänge oder Standortbälle einen festen Platz in unserer Traditionspflege hat, die eigentliche Geschichte unserer Truppengattung begann unter größter Geheimhaltung bereits fünf Jahre zuvor.

Wer eine Wanderung entlang des abgelegenen Salmtals in der landschaftlich reizvollen Mittelgebirgslandschaft der Eifel unternimmt, wird für seine Anstrengung mit dem Anblick der eindrucksvollen Abtei Himmerod belohnt. Dass ausgerechnet dieses Kloster der zentrale Ort der deutschen Militärgeschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sein könnte, käme allerdings den wenigsten Wanderern in den Sinn. Tatsächlich jedoch war unter strengster Geheimhaltung genau dort in der Abgeschiedenheit der Mönchszellen im Herbst 1950 ein Gremium von ehemaligen deutschen Spitzenmilitärs zusammengetreten, das im Auftrag des damaligen Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer „die Frage der Eingliederung der Bundesrepublik in das Verteidigungssystem des Westens“ ganzheitlich diskutieren sollte. Dass das innerhalb weniger Tage entstandene und der Bundesregierung vorgelegte Arbeitsergebnis des „Studienausschusses für deutsche Sicherheitsfragen“ die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg bis zum Ende des Kalten Krieges in ihren Grundzügen bestimmen würde, erahnten die Teilnehmer sicherlich nicht. Immerhin hatte Adenauers Sicherheitsberater, General der Panzertruppe a. D. Gerhard Graf von Schwerin, den ursprünglich für Ende August geplanten Termin für die Zusammenziehung der Expertengruppe im Kloster Walberberg in der Nähe der Bundeshauptstadt Bonn kurzfristig abgesagt. Der ehemalige General hatte zudem erst seit Mai unter größter Geheimhaltung im Auftrag des Bundeskanzlers die sogenannte „Zentrale für Heimatdienst“ aufgebaut und sich als



Oberstleutnant d.R.  
Frank Bauer  
Erster Deputy



Berater in Militärfragen etabliert. Ausgehend von seiner Lagebeurteilung, die der Sowjetunion den alsbaldigen Versuch der Okkupation Westdeutschlands unterstellte, zeigte sich Schwerin davon überzeugt, dass eine grundlegende Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse und damit eine realistische Chance zur Sicherung des Friedens in Europa durch Abschreckung ausschließlich durch die Einbeziehung des militärischen Potentials der Bundesrepublik an der Seite des Westens garantiert werden könne.

### **Ein ehemaliger Wehrmachtsgeneral berät den Kanzler – Die Bundesrepublik als potentieller Bündnispartner des Westens im Kalten Krieg**

Dementsprechend – so schlussfolgerte der inzwischen 51 Jahre alte ehemalige Divisionskommandeur der Wehrmacht fünf Jahre nach seiner letzten militärischen Verwendung – müsse ein signifikanter westdeutscher Wehrbeitrag im Interesse der USA und deren europäischen Verbündeten sein. Zehn bis zwölf deutsche Panzerdivisionen seien hierfür notwendig, wobei deren Aufstellung mit Hilfe westlicher Staaten im günstigsten Fall zwischen zwei und drei Jahren dauern würde. Konsens bestand zwischen allen Beteiligten zu diesem Zeitpunkt dahingehend, dass die westlichen Besatzungsmächte für derartige Planungen im Vorfeld ihr Placet geben müssten. Der Kanzler konnte sich zudem sicher sein, dass die Staaten Westeuropas aller Bekenntnisse zu den Entmilitarisierungsbestimmungen der Potsdamer Konferenz zum Trotz ein grundsätzliches eigenes militärisches Interesse an einem westdeutschen Wehrbeitrag entwickelt hatten. Die von den Planern als unausweichlich erachtete Eskalation des Kalten Krieges musste das Thema geradezu denklogisch und automatisch auf einen Spitzenplatz der politischen Agenda setzen und das politische Gewicht der jungen Bundesrepublik verändern. Der Sicherheitsexperte des Regierungschefs hatte dieses westalliierte Interesse zeitgleich auch in einem vertraulichen Gespräch unter vier Augen mit dem damaligen Fraktionsvorsitzenden der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Dr. Kurt Schumacher, dahingehend analysiert, dass „die Westmächte, mit den USA an der Spitze, sich darüber im Klaren sind, dass eine wirksame Verteidigung Europas nur mit deutscher Beteiligung möglich ist.“ Die grundsätzliche Ablehnung einer Wiederbewaffnung seitens der SPD, die neben pazifistischen Traditionen und laut geäußerten Befürchtungen der Gewerkschaften vor einer Rückkehr des Militarismus vor allem die Möglichkeit einer Wiedervereinigung beider deutscher Staaten durch die Politik des christdemokratischen Bundeskanzlers gefährdet sah, konnte die Begegnung dennoch nicht ausräumen.

### **Geheimer Strategiewandel in den Panzerschränken der Militärs – widersprüchliche und verwirrende Signale aus der Politik**

Währenddessen gingen die westlichen Militärplaner davon aus, dass allein in der DDR 22 sowjetische motorisierte Infanterie- und Panzerdivisionen disloziert waren, denen mit 220.000 Mann aufgrund ihrer als offensiv eingeschätzten Dislozierung Richtung Westen eine schnell verfügbare Kampfkraft unterstellt wurde. Hinzu kamen weitere 70.000 Mann paramilitärischer Kräfte der kaserniert untergebrachten Volkspolizei der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Gleiches galt für neun weitere sowjetische Divisionen in den östlichen Satellitenstaaten und in Österreich. Auf dem Territorium der Bundesrepublik standen hingegen lediglich zehn westliche Divisionen und schwache Polizeikräfte der Bundesländer ohne militärische Bedeutung. Das Problem der fehlenden westlichen Truppenstärke



mittels deutscher Verbände, bot sich den Generalstäben aus pragmatischen Gründen sicherlich an. Im Januar 1950 hatte die NATO zudem erst ihre Forward Strategy formuliert, die die Abwehr eines befürchteten sowjetischen Angriffs so weit ostwärts wie möglich eingefordert hatte. Dies hatte die dauerhafte Stationierung und den Ausbau ihrer Truppenteile in Europa notwendig gemacht. Gewissermaßen rückwirkend bekamen damit die Gründung der Bundesrepublik und kurze Zeit später die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Jahr 1949 auch militärpolitische Bedeutungen, die von den meisten Deutschen damals sicherlich nicht einmal erahnt werden konnte. Erneut hatten die Westalliierten erst im Dezember 1949 mit ihrem Gesetz Nr. 16 auch nach der Staatsgründung der Bundesrepublik nochmals eine weitere Bestimmung, die expressis verbis zur „Ausschaltung des Militarismus“ – so die Zielsetzung im Gesetzestext - dienen sollte, erlassen. Diese Verordnung hatte allen Deutschen jedwede Beschäftigung mit militärischen Fragen unter Androhung hoher Strafen verboten und sollte den alliierten Willen zur Umsetzung der Entmilitarisierungsbeschlüsse erneut unterstreichen.

War unter diesen Bedingungen bereits die Einberufung einer militärischen Expertengruppe ein schwieriges und in vielerlei Hinsicht heikles Unterfangen, änderte ein anderes Ereignis am anderen Ende der Welt schlagartig die Sicht aller Beteiligten auf die künftige Sicherheitspolitik. Analog zur Entwicklung in Deutschland waren nach dem Zweiten Welt-

krieg auch in Asien mit Korea zwei Staaten entstanden. Als am 25. Juni 1950 die Truppen des kommunistischen Nordkoreas nach Absprache mit Stalin und Mao die Demarkationslinie nach Süden überschritten hatten, wirkten die Ereignisse auf der koreanischen Halbinsel auf die sicherheitspolitische Diskussion in Europa wie ein Katalysator. Jenseits des Atlantiks und der westdeutschen Kenntnis entzogen, hatten sich die Joint Chiefs of Staff (JCS) und das State Department unter dem Vorsitz des US-Präsidenten Truman bereits wenige Stunden nach dem Beginn des Konflikts grundsätzlich auf die Aufstellung westdeutscher Streitkräfte festgelegt. Von dieser Vorfestlegung und der Neubewertung der Bundesrepublik als potentieller Bündnispartnerin war nichts in die Öffentlichkeit gedrungen, als Schwerin mit Genehmigung des stellvertretenden amerikanischen Hohen Kommissars General George P. Hays eine deutsche Expertengruppe zur Meinungsbildung und sicherheitspolitischen Beratung einlud.



**Bild 17 Adolf Heusinger, um 1960**

Quelle: Bundesarchiv, Bild 146-2005-0030 / CC-BY-SA 3.0



Der britische Hochkommissar Sir Christopher Steel hatte sich gleichfalls entgegen der eindeutigen Bestimmungen des für Deutsche gültigen Verbots der Beschäftigung mit militärischen Fragen für eine derartige Tagung ausgesprochen.

### **Der Koreakrieg als Katalysator westdeutscher Sicherheitspolitik – Der erste Versuch der Einberufung einer deutschen Expertentagung scheitert am Veto der Alliierten**

Die „Zentrale für Heimatdienst“ baute derartig instruiert zwischenzeitlich eine von seinem Arbeitsstab eilig hierfür zusammengestellte Generalsliste für den in Kürze einzuberufenden sogenannten „Studienausschuss für deutsche Sicherheitsfragen“ zu einer Expertenkartothek aus. Als Präsident der Versammlung war Generaloberst a. D. Heinrich von Vietinghoff, genannt Scheel, vorgesehen, der von General der Panzertruppe a. D. Wend von Wietersheim als Vizepräsident unterstützt werden sollte. Mit den ehemaligen Generälen Leo Freiherr Geyr von Schweppenburg, Frido Ritter und Edler von Senger und Etterlin, Hans Röttiger, Hermann Foertsch, dem General der Flieger a. D. Hans Seidelmann, den Generalleutnanten a. D. Dr. Hans Speidel, Adolf Heusinger und Konteradmiral a. D. Eberhard Goth sollte gezielt teilstreitkraft- und truppengattungsübergreifend der Sachverstand aus der obersten Wehrmachtsführung nutzbar gemacht werden. Das ganze Spektrum der Erfahrungswelt aus Truppenführung, Generalstabsdienst, Logistik, verschiedenen Teilstreitkräften und Kriegsschauplätzen des Zweiten Weltkriegs spiegelte sich in der Auswahl der Teil-

nehmer. Die Altersstruktur der meisten Eingeladenen garantierte zudem Expertise aus dem Ersten Weltkrieg. Weitere Namen wurden gehandelt, bis schließlich den Mitgliedern des Studienausschusses zwei Tage vor dem geplanten Tagungstermin das Treffen per Telegramm kurzfristig abgesagt wurde.



**Bild 18 Fridolin von Senger und Etterlin**

Quelle: Bundesarchiv, Bild 101I-310-0892-07 / Schmidt / CC-BY-SA 3.0

Italienische Geistliche und deutsche Offiziere, u. a. der 187. Abt des Klosters Monte Cassino, Gregorio IV. Diamare O.S.B. (Mitte) und General Fridolin von Senger und Etterlin mit Ritterkreuz (rechts, mit der Hand an der Autotür), beim Einsteigen

Immerhin konnte dank der geleisteten Vorarbeit das Gremium bei Bedarf an einem geeigneten Ort dennoch kurzfristig zusammentreten. Immerhin brachte am 7. August 1950 die Denkschrift, die die Generäle a. D. Dr. Hans Speidel und Hermann Foertsch gemeinsam mit



Generalleutnant a. D. Adolf Heusinger im Auftrag des Kanzleramts verfasst hatten, neue Bewegung in den Meinungsbildungsprozess: Voraussetzung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag sollten nach Meinung der Verfasser die militärische Gleichberechtigung und eine Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik sein. Die deutschen Verbände sollten als modern ausgerüstete Korps mit taktischer Luftwaffe aufgestellt werden. Zusätzlich mussten schnellstmöglich westliche Verbände in die Bundesrepublik verlegt werden, damit sowjetische Präventivmaßnahmen ausgeschlossen werden. Derartig instruiert, überreichte der Bundeskanzler Ende August 1950 zwei Memoranden an die Alliierte Hohe Kommission.

### **Adenauers Junktim von westdeutschem Wehrbeitrag und politischer Souveränität nimmt in Bonner Hinterzimmer der Politik Gestalt an**

Im ersten Dokument wurde die Sicherung der Bundesrepublik nach innen und außen vor dem Hintergrund der angenommenen Bedrohung durch die sowjetischen Verbände und die Volkspolizei eingefordert, während sich das zweite Schriftstück mit der Frage der Neuordnung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Besatzungsmächten befasste. Damit war ein Junktim zwischen der Bereitschaft zu einem Verteidigungsbeitrag Westdeutschlands und der Gewinnung der politischen Souveränität der Bundesrepublik hergestellt. US-Außenminister Acheson verband schließlich auf Weisung seines Präsidenten die Frage der westdeutschen Aufrüstung bis September zu einem single package, das gegenüber den westlichen Partnern die in Aussicht gestellte Verstärkung der amerikanischen Truppen an deren Zustimmung zu einem Bonner Wehrbeitrag im Rahmen der NATO knüpfte. In das Kanzleramt oder gar in die Öffentlichkeit drang der Abschluss des Washingtoner Meinungsbildungsprozesses dennoch nicht. Durch Symbolpolitik, wie dem Empfang ehemaliger Offiziere, die als „politisch unbedenklich“ galten oder gezielten Bemühungen in der Versorgungs- und Pensionspolitik für ehemalige Soldaten der Wehrmacht, signalisierte der Chef der Bundesregierung allerdings weiter indirekt sein Interesse am Thema. Außenpolitisch einigten sich die zuständigen Minister der westlichen Großmächte auf ihrer Tagung in New York ebenso wie der NATO-Rat im September auf die Erwägung eines westdeutschen Verteidigungsbeitrags.

### **Plötzlich grünes Licht für die „Zusammenziehung der Versicherungsagenten“**

Unter diesen Bedingungen konnte Graf Schwerin die Militärexperten dann doch noch Ende September zur anstehenden Tagung im Kloster Himmerod einladen. Major i. G. a. D. Graf Baudissin hatte im Vorfeld ebenso zur Mitarbeit gewonnen werden können wie Oberst i. G. a. D. Graf Kielmannsegg, der die Aufgaben eines ständigen Ausschusseksretärs übernehmen sollte. Der Abt des Klosters wurde um vertrauliche Behandlung der Namensliste gebeten und an den Türen der für die Tagungsteilnehmer vorgesehenen Mönchszellen durften keine Namensschilder angebracht werden, bis sich am Abend des 5. Oktober alle 15 Offiziere – darunter zehn Generale und Admirale – in dem abgelegenen Eifelkloster eingefunden hatten.



Aus Gründen der Geheimhaltung hatte Schwerin der Tagung den konspirativ anmutenden Decknamen „Zusammenziehung der Versicherungsagenten“ gegeben. Zumindest hatte der



Dienststellenleiter der Zentrale für Heimatdienst die Aufgabenstellung im Klartext benannt: Die Erarbeitung einer umfassenden Denkschrift zum Problem des deutschen Verteidigungsbeitrags für den Bundespräsidenten, den Kanzler und einen ausgewählten Kreis von Kabinettsmitgliedern. Zudem sollte im Anschluss an die Tagung General a. D. Dr. Speidel mit Wissen der Expertengruppe ebenfalls den Oppositionsführer Dr. Kurt Schumacher über die Tagungsergebnisse informieren.

### **Bild 19 Oberst Graf Wolf von Baudissin**

Quelle: Bundeswehr/Munker - Oberst Graf Wolf von Baudissin., CC BY 2.0

Die eigens angereisten Persönlichkeiten außerhalb des Expertenausschusses, nämlich Ministerialdirektor Blankenhorn, der die Einweisung aus Sicht der Bundesregierung durchführte, Major a. D. Oster, der einen Vortrag zur Feindlage und über die Volkspolizei hielt und Generalmajor a. D. Hellmuth Reinhardt, der über die Rolle der Dienstgruppen referiert hatte, unterstrichen die politische Komplexität des Themas. Außerdem würde der Erfolg der Tagung daran gemessen werden, ob es glücken sollte, die richtigen Lehren aus der deutschen Geschichte, insbesondere aus der noch allen Zeitgenossen präsenten Erfahrung der menschenverachtenden Verbrechen des „Dritten Reichs“, zu ziehen und die Lehren daraus auf die neuen deutschen Streitkräfte zu übertragen.

### **Vergangenheit**

Vier Ausschüsse wurden gebildet, die mit Arbeitsaufträgen Schwerins versehen wurden. Im Militärpolitischen Ausschuss, dem die Erarbeitung der militärischen und politischen Forderungen der Bundesregierung an die Alliierten, der Umgang mit Kriegsverbrechern und der anhaltenden Diskriminierung der ehemaligen deutschen Soldaten obliegen sollte, führte General a. D. Dr. Speidel den Vorsitz. Der Allgemeine Ausschuss wurde von General a. D. Hermann Foertsch – sein jüngerer Bruder Friedrich war gerade von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden und sollte nach seiner vorzeitigen Entlassung 1955 später der zweite Generalinspekteur der Bundeswehr werden – geführt. Hier sollte es um die ethischen und moralischen Grundsätze für den Soldaten in der Demokratie und der Konzeption eines tragfähigen neuen Leitbilds gehen.



---

Anmerkung der Redaktion:

Der diesem Beitrag zugrunde liegende Aufsatz „Sicherheitspolitik hinter Klostermauern – die „Himmeroder Denkschrift von 1950 als Geburtsurkunde der Deutschen Bundeswehr“ mit komplettem wissenschaftlichem Anmerkungsapparat und in Umfang und Text deutlich veränderter Form ist unter dem oben angegebenen Titel in der Österreichischen Militärischen Zeitschrift, hrsg. vom Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien, Heft 05/2020 und im Jahrbuch der Clausewitz-Gesellschaft, Hamburg 2020 erschienen.

Dieser Beitrag wird im nächsten BOGENSCHÜTZEN abgeschlossen.

---

*Dr. Frank Heinz Bauer, Jahrgang 1965, Oberstleutnant der Reserve, Heeresflugabwehrtruppe, hat an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main Mittlere, Neuere und Alte Geschichte sowie Politikwissenschaften studiert und promoviert. Er arbeitet als Studienrat am Hellenstein-Gymnasium Heidenheim an der Brenz (Baden-Württemberg). Nach dem Abitur 1984 diente der Autor als SaZ 08 Offizieranwärter im Panzerflugabwehrr Regiment 12 (Hardheim im Odenwald) und wurde bis zu seinem Ausscheiden 1992 als Zugführeroffizier in der 7./FlaRgt 5 (Lorch im Rheingau) verwendet. Als Reservist war er als Batteriechef im PzFlakBtl 12, als Dozent für Militärgeschichte an der OSH und als Referent bei Fü S I 4 im BMVg eingesetzt. 2004 wurde er vom US-Bundesstaat North Dakota mit der US-Army Achievement Medal ausgezeichnet.*

## Einkaufen bei Amazon

Kaufen Sie auch bei Amazon ein?  
Dann unterstützen Sie uns durch  
Kauf über [smile.amazon.de](https://smile.amazon.de)!

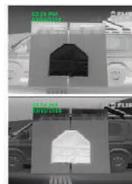
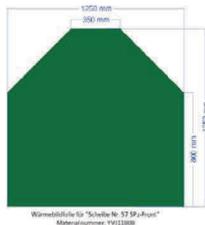
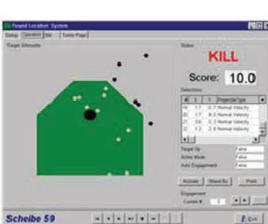
Es ändert sich für Sie nichts, und wir  
bekommen einen Bonus von Amazon.





## Zieldarstellung - Wärmebildziele - Treffererfassung

- **Bodenziele:** TrübPI, StÜbPI, StOSchAnI, Simulation
- **Luftziele:** Flugabwehr, Fliegerabwehr, TBM, Schleppkörper
- **Seeziele:** Autonome Boote, Schleppziele, Seaskimmer
- **Energieunabhängige Wärmebildziele**
- **Photorealistische Wärmebildziele**
- **Treffererfassung für Boden, Luft - und Seeziele**



### Kontakt:

PMM Services GmbH & Co. KG, Grüner Dyk 70, 47803 Krefeld

Telefon: +49(0)2151/6034077

Email: [info@pmm-services.de](mailto:info@pmm-services.de) / Web: [www.pmm-services.de](http://www.pmm-services.de)